

GASTKOMMENTAR

Wenn Sprache auf Wirklichkeit trifft. Zur aktuellen Abtreibungsdebatte

In der Abtreibungsdebatte wird mit harten Bandagen gekämpft. Die Anprangerung von schwangeren Frauen mit pseudomoralischen Wortplakaten konterkariert aber die Glaubwürdigkeit des damit zur Schau getragenen Lebensschutzes.

Hanspeter Schmitt

12.08.2022, 05.30 Uhr



Massives Polizeiaufgebot beim Demonstrationszug «Marsch fürs Läbe» im September 2013 in Zürich.

Walter Bieri / Keystone

Sprache ist nie harmlos. Sie beschreibt und schafft Wirklichkeit, verfehlt und verletzt sie aber auch. Ob die jeweils eingesetzte Sprache der Wirklichkeit entspricht und dem Leben darin dient, ist daher erfahrungsbezogen und kritisch zu überprüfen. Dieser kritischen Prüfung hält der Sprachgebrauch von Papst Franziskus in puncto Schwangerschaftsabbruch nicht stand. Ihn als «Auftragsmord» zu bezeichnen, verzerrt und verfälscht die damit einhergehenden Motive und komplexen Situationen.

Der Begriff insinuiert gewollte Grausamkeit, feindliche Absichten und niederträchtige Komplizenschaft. Die meisten betroffenen Frauen befinden sich jedoch in einer extremen Not- und Konfliktlage. Ärztinnen und Ärzte, an die sie sich in ihrer Not wenden, beraten sie umfassend, um ihnen verantwortliche wie selbstbestimmte Entscheide zu ermöglichen. Sie helfen ihnen kraft ihres ärztlichen Gewissens und im Rahmen ihres geltenden Standesethos und des verfassungskonform begründeten Rechtes.

Zweifellos geht es bei einer Schwangerschaft um entwicklungsfähiges menschliches Leben. Es bedarf wegen seiner enormen Verletzlichkeit und Angewiesenheit sowie seiner Würde als heranwachsende Person eines besonderen Schutzes. Schwangere Frauen aber, die diesen Schutz nicht zu leisten vermögen, «Auftragsmörderinnen» zu nennen, blendet sträflich aus, dass auch sie in hohem Mass verletzlich sind.

In ihrer Schwangerschaft stehen sie in unvergleichlicher Weise selbst auf dem «Spiel». Sie erfahren die darin gegebenen Ansprüche, Spannungen und Konflikte wie niemand sonst und unausweichlich am eigenen Leib, sprich es tangiert ihre leibseelische Integrität. Sie zusätzlich anzugreifen, sei es «nur» mit pseudomoralischen Wortplakaten, konterkariert die Humanität und Glaubwürdigkeit des damit zur Schau getragenen Lebensschutzes.

Weil die praktische Verbindung von Selbstbestimmung und Lebensschutz den Kern humaner Identität berührt, sind kultivierte Diskurse darüber notwendig, gleich um welchen Bereich es konkret geht. Sich auf dem Feld herausfordernder Schwangerschaftskonflikte auf die Verschärfung von Strafrechtsnormen zu konzentrieren, wirkt jedoch bekanntlich kontraproduktiv.

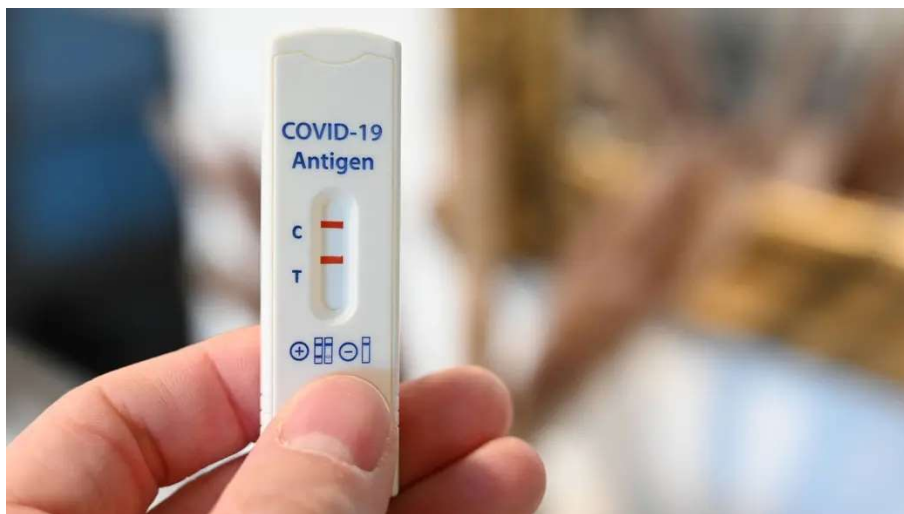
Man braucht hier weder die aktuelle amerikanische Entwicklung noch die laufenden Initiativen der Schweizerischen Volkspartei zu bemühen. Es genügt die Rechtsgeschichte der Schweiz. Sie beweist, dass rigorose Sanktionsnormen den Schutz der Ungeborenen und der schwangeren Frauen nicht fördern, sondern massiv gefährden – mit tödlichen Konsequenzen für beide vulnerable Gruppen.

Wer also diesen Personen wirklich helfen und nicht nur sein moralisches «Mütchen» kühlen will, sollte tunlichst andere Ebenen praktischer Gestaltung zur Sprache bringen: etwa familienpolitisch die finanziellen und wohnraumbezogenen Verwerfungen, unter denen kinderreiche Familien leiden; oder genderpolitisch die beschämende Benachteiligung, der fast alle Frauen, zumal mit Kindern, in Beruf, Erziehung und Lebensführung ausgesetzt sind; behindertenpolitisch die strukturelle Stärkung der Integration und öffentlichen Anerkennung von Menschen mit diversen Beeinträchtigungen; nicht zuletzt jugendpolitisch der Aufbau von Räumen der Sozialisation und Begegnung, in denen nicht Ökonomie und Leistung, sondern ganzheitliche Wert- und Identitätserfahrungen massgeblich sind.

Realitätsblinde Vereinfacher und notorische Scharfmacher gibt es erfahrungsgemäss auf allen Seiten. Zum Schutz der Rechte betroffener Frauen und des ungeborenen Lebens haben sie auf diese Weise nichts Konstruktives beigetragen.

Hanspeter Schmitt ist Professor für theologische Ethik an der Theologischen Hochschule Chur.

Neueste Artikel >



DIE NEUESTEN ENTWICKLUNGEN

Coronavirus weltweit: US-Behörde erteilt Notfallzulassung für Auffrischimpfungen gegen Omikron-Variante

Aktualisiert vor 9 Minuten

